



Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule

GGG Geschäftsstelle | Huckarder Str. 12 | 44147 Dortmund

Frau Staatsministerin Anna Stolz
Präsidentin der Bildungs-MK
Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Salvatorstraße 2
80333 München

GGG Geschäftsstelle

Huckarder Str. 12
44147 Dortmund
Telefon 0231 – 58694727
geschaeftsstelle@ggg-web.de
www.ggg@web.de

13.07.2026

Herrn Minister Andreas Jung
Ministerium für Kultus
Thouretstraße 6
70173 Stuttgart

Frau Senatorin Katharina Günther-Wünsch
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend u. Familie
Bernhard-Weiß-Straße 6
10178 Berlin

Herrn Minister Gordon Hoffmann
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Herrn Senator Mark Rackles
Senator für Kinder und Bildung
Herdentorsteinweg 7
28195 Bremen

Frau Senatorin Ksenija Bekeris
Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung
Hamburger Straße 31
22083 Hamburg

Herrn Staatsminister Armin Schwarz
Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Frau Ministerin Simone Oldenburg
Ministerium für Bildung
und Kindertagesförderung
Werderstraße 124
19055 Schwerin

Frau Ministerin Julia Willie Hamburg
Kultusministerium Niedersachsen
Hans-Böckler-Allee 5
30173 Hannover

Frau Ministerin Dorothee Feller
Ministerium für Schule und Bildung
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Staatsministerin Dr. Ute Eiling-Hütig
Ministerium für Bildung
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Frau Ministerin Christine Streichert-Clivot
Ministerium für Bildung und Kultur
Trierer Straße 33
66111 Saarbrücken

Herrn Staatsminister Conrad Clemens
Staatsministerium für Kultus
Carolaplatz 1
01097 Dresden

Sparkasse Dortmund
IBAN: DE 41 4405 0199 0001 1437 94
Ust. Nr.: 71/210/00 459

Die GGG ist ein eingetragener
Verein und als gemeinnützig
anerkannt.

Herrn Minister Jan Riedel
Ministerium für Bildung
Turmschanzenstraße 32
39114 Magdeburg

Frau Ministerin Dr. Dorit Stenke
Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur
Brunswiker Straße 16-22
24105 Kiel

Herrn Minister Christian Tischner
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Werner-Seelenbinder-Straße 7
99096 Erfurt

nachrichtlich:
Staatssekretärinnen und Staatssekretäre
der Fachministerien für Schule
in den Bundesländern

**Sicherung und Stärkung des demokratischen Auftrags der Lehrerinnen und Lehrer
angesichts drohender Übernahme von Regierungsverantwortung durch die AfD in Sachsen-Anhalt
Anregung zur kurzfristigen Erhöhung der Verbindlichkeit des Beutelsbacher Konsenses durch KMK-Beschluss**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V. setzt sich im Sinne ihrer Satzung u.a. für eine Schule der Demokratie ein: Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen eine der demokratischen Gesellschaft angemessene Schule besuchen.

Natürlich sind wir daher äußerst besorgt, dass, wie aus Pressemitteilungen und dem Wahlprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt hervorgeht, die AfD für den wahrscheinlichen Fall der Regierungsübernahme und die Besetzung des dortigen Ministeriums für Bildung plant, Lehrerinnen und Lehrer an der Ausübung ihrer beamtenrechtlichen Grundpflichten zu hindern. Diese Grundpflichten ergeben sich, wie Sie wissen, u.a. aus §33(1) Satz 3 BeamtStG und §60(1) 1 Satz 3 BBG und verlangen, dass auch Lehrerinnen und Lehrer sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten müssen. Den Schülerinnen und Schülern könnte durch die Pläne der AfD demnächst – zunächst in Sachsen-Anhalt - eine umfassende politische Bildung vorenthalten werden.

Bei der Behandlung von politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnlichen Themen im Unterricht bietet, wie Sie wissen, bisher der sogenannte „Beutelsbacher Konsens“ von 1976 eine bewährte Leitlinie, es handelt sich dabei jedoch nicht um eine bindende Vorgabe, die im jeweiligen Landesrecht Berücksichtigung finden muss, so dass die AfD offenbar plant, im Interesse ihrer eigenen politischen Ideologie Einschnitte vorzunehmen:

10

Lehrer müssen politisch neutral sein!

Aktuell herrscht an unseren Schulen begründet durch den sogenannten Beutelsbacher Konsens ein sogenanntes Indoktrinationsverbot. Lehrer dürfen ihre politische Meinung zwar äußern, dürfen sie den Schülern nur nicht aufzwingen. Leider funktioniert das in der Praxis oft schlecht, weil Lehrer als Autoritäten fungieren und allein dadurch Schüler sich der Erwartung ausgesetzt sehen, die Meinung des Lehrers anzunehmen. Wenn dann einige Lehrer sogar systematisch versuchen, die Schüler zur Annahme ihres Weltbildes zu bewegen, hilft der Beutelsbacher Konsens nicht weiter. Wir werden deshalb das Indoktrinationsverbot zu einem strengen Neutralitätsgebot ausweiten. Der Lehrer hat die Meinungsäußerungen der Schüler zu moderieren, aber nicht mit eigener Meinung mitzudiskutieren.

Quelle: Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt. <https://afd-regierungsprogramm.de/>. download 08.07.2026

Um Schülerinnen und Schüler wie Lehrerinnen und Lehrer vor möglichen Übergriffen auf die freiheitliche Behandlung von politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnlichen Themen im Unterricht so weit wie möglich zu schützen, schlägt die GGG spät, aber hoffentlich nicht zu spät vor, jedenfalls in diesem Bereich die „Brandmauer“ zu stärken und den Empfehlungen des Beutelsbacher Konsenses durch einen KMK-Beschluss rechtliche Verbindlichkeit zu verleihen - solange die AfD dies noch nicht verhindern kann.

Die Wahlen in Sachsen-Anhalt finden am 6. September statt, die nächste reguläre Bildungs-MK-Sitzung erst am 16. Oktober, die nächste Amtschefskonferenz Bildung am 17. September 2026, so dass, falls Sie unserem Vorschlag folgen wollen, eine kurzfristige Abstimmung und ggf. ein Umlaufbeschluss erforderlich wäre.

Als GGG hoffen wir, dass Sie unsere Sorge teilen und einen Weg finden, die Widerstandskraft der demokratischen Bildung an den Schulen der Republik zu stärken.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

für den Bundesvorstand



Rainer Dahlhaus
Mitglied im Bundesvorstand
Koordinator der Bundesarbeitsgemeinschaft KMK in der GGG
0176 80293808